

höhere Bildungsmöglichkeiten. Seitdem die Zulassungsverordnung zum Direktstudium an den Hochschulen und Universitäten der DDR vom 1. Juli 1971 in Kraft getreten ist, werden mehr und mehr Christen unter Hinweis auf mangelnde Verwurzelung im Marxismus-Leninismus abgewiesen. Die größeren Einschränkungen bei der Auswahl für ein Hochschul- und Universitätsstudium sind angesichts des enormen *Facharbeitermangels* und fehlender Einsatzmöglichkeiten für Akademiker sicherlich verständlich. Die Methode jedoch, diese Auswahl nicht vom Können, sondern von der ideologischen Einstellung abhängig zu machen, widerspricht der DDR-Verfassung und hat in letzter Zeit besonders auf evangelischer Seite zu verschiedenen Protesten geführt (vgl. epd, 3. 3. 72). Während der evangelische Bischof *H. J. Fränkel* (Görlitz) erst kürzlich von einer daraus resultierenden „schweren Belastung für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche“ sprach, fehlt bis heute eine eindeutige Erklärung seitens der katholischen Bischöfe. Das Pastoral Schreiben an die Priester bezüglich der Jugendweihe kann dafür kaum ein Ersatz sein.

Im Vorpapier Nr. 5 der Pastoral-synode der Jurisdiktionsbezirke der

DDR („Apostolat und Weltdienst“) wird die gesamte Problematik der Jugendweihe unter der Überschrift „Christen im sozialistischen Staat mit atheistischer Weltanschauung“ noch einmal im größeren Zusammenhang angeschnitten. Aus den eingegangenen Stellungnahmen ergibt sich ein breites Spektrum für die Behandlung der Frage. So soll das Problem neu überprüft werden und die Entscheidung dem Einzelnen belassen werden. Andererseits wird von der Kirchenleitung erwartet, daß sie eine Klärung bei den staatlichen Stellen herbeiführt und Nachteile für Jugendliche ausschalten hilft. Wieder andere erwarten eine Beibehaltung der Ablehnung. Zusammengefaßt heißt es: „Die grundsätzliche Festlegung des Staates auf eine atheistische Weltanschauung wirkt sich in vielen Bereichen aus, besonders im Bildungswesen und in der Kultur. Auf diese Weise kommen viele Christen in Gewissensnöte und zusätzliche Schwierigkeiten.“ *Realistisches Denken* und *geistige Aufarbeitung* der sozialistischen Gesellschaftslehre nennt das Vorpapier als Voraussetzungen für eine Lösung. Wie dies konkret geschehen kann, wird auch die Synode schwer beantworten können. Bisher gibt es wenig Hilfen.

einer Gegentagung für den 29. April in der gleichen Stadt auf. Sie setzten auch das gleiche Thema auf die Tagesordnung: die Kirche; doch durch den formalen Blickpunkt, „im Lichte des Zweiten Vatikanums“, hatten sie es mehr auf Konfrontation mit den „Suchenden“ abgesehen.

Die in Rennes zusammengekommenen Basisgruppen haben für sich selbst als gemeinsamen Nenner den der „suchenden Christen“ gefunden. Faktisch handelte es sich aber bei ihnen um sehr heterogene Gruppen, die vom klassischen Typ der Katholischen Aktion (z. B. der Action catholique universitaire) über kirchlich sehr reformfreudige, aber politisch weniger stark engagierte Gruppen (z. B. die „Gemeinschaft von Boquen“) bis zu eigentlich linken Kreisen reichte wie z. B. Les Fédérations des groupes Témoignage chrétien und der inzwischen stark politisierenden Gruppe Échanges et Dialogue. Daß sich für diese Gruppen tatsächlich das Problem der Kirche als gemeinsamer Basis stellte, hatte schon ihre letzte *Tagung in Rouen* im November 1971 gezeigt (vgl. HK, Januar 1972, 48). Dort waren deutlich *drei zentrifugale Richtungen* sichtbar geworden: 1. diejenigen, welche auf kirchlicher Basis eine Theologie der Revolution vertreten; 2. jene, die jede Transzendenz und absolute Wahrheit ablehnten und für die der Glaube an Jesus jede Theologie überflüssig mache und 3. die, welche das politische Engagement unter Einklammerung ihres Glaubens in den Vordergrund stellen.

Dieser Gesamthintergrund, das provokativ gestellte Thema, die regieführende „Gemeinschaft von Boquen“ unter ihrem Animator *B. Besret* sowie die Ankündigung, daß zwei Expriester, *L. Evely* und *J.-C. Barreau*, an der Zusammenkunft teilnehmen würden, mußten fast zwangsläufig die Bischöfe auf den Plan rufen. Wurde doch das Buch von Evely „L'Évangile sans mythes“ von einigen Bischöfen und Exegeten für „häretisch“ gehalten und war Barreau im November 1971 die Laisierung verweigert worden, weil er seinen Entschluß zu heiraten öffentlich bekannt gemacht hatte.

Suspekt erschien den Bischöfen auch die *Gemeinschaft von Boquen* unter der Regie von Besret. Besret war als Prior der Zisterzienserabtei von Boquen Ende 1969 wegen nonkonformer Neuerungen des Ordens-

Traditionalisten und Basisgruppen in Rennes

Tagten die französischen Traditionalisten sowie die vielfach als „links“ eingestuften Basisgruppen bisher stets zeitlich und örtlich getrennt, so kam es Ende April/Anfang Mai zum erstenmal zu einem *gleichzeitigen Treffen* beider Gruppierungen in der gleichen Stadt Rennes, das die Polarisierung, wenn auch von Minderheiten im französischen Katholizismus deutlich werden ließ. Vom 29. April bis zum 1. Mai trafen sich etwa ein Dutzend kirchlicher Basisgruppen, die sich als „Suchende“ verstehen, zu einer „Versammlung suchender Christen“, um über das Thema „Eine Kirche? Welche Kirche?“ zu diskutieren. Organisiert wurde sie von der sog. „Gemeinschaft von Boquen“, einer kirchlich sehr, für die Bischöfe zu reformistischen Bewegung, zusammen mit den Gruppierungen um die linksorientierte Wo-

chenzeitung „Témoignage chrétien“ und die Zeitschrift „La Vie Nouvelle“.

Die „Schweigenden“ und die „Suchenden“

Die „Schweigenden“ (les silencieux) ihrerseits hatten sich um eine Teilnahme mehrerer Hundert Mitglieder an dieser Zusammenkunft bemüht, jedoch auf eine entsprechende Anfrage keine Antwort erhalten. Diese Ablehnung scheint jedoch eher in der Furcht vor Störaktionen begründet gewesen zu sein, als in mangelnder Dialogbereitschaft. Es war nämlich ein interner Brief der Schweigenden bekannt geworden, in dem es wörtlich hieß, „wenn dieser Kongreß mißlingt, so wird dies für unsere Sache einer der größten Siege der letzten Zeit sein“ (nach Le Monde, 13. 4. 72). Die „Schweigenden“ riefen daher zu

lebens und wegen liturgischer Experimente vom Generalabt von seinem Posten abberufen worden (vgl. HK, Dezember 1969, 551—553). Nach einer Übergangszeit hatte dieser ihn jedoch formell für die Leitung der sog. „Gemeinschaft von Boquen“ freigestellt, die sich — getrennt von der Abtei — im Juni 1970 juristisch als „Association culturelle de Boquen“ konstituiert und zunächst das gedämpfte Wohlwollen der Bischöfe gefunden hatte. Erst als durch eine Fernsehreportage über sie vom 11. Januar 1971 ihre der geltenden Sakramentendisziplin widersprechenden Praktiken weit über den Ort hinaus bekannt wurden, kam es zu erneuten Spannungen. In dieser Sendung waren ein geschiedener Wieder-verheirateter, ein nichtlaiserter, aber verheirateter Priester und ein Nicht-getaufte zur Eucharistie zugelassen worden. Im letzten Falle hatte es sich um einen Gläubigen gehandelt, der aus Protest gegen die Spaltung der großen Kirchen bisher die Taufe abgelehnt hatte.

Mißbilligung durch die Bischöfe

Mit dem Blick vor allem auf diesen Vorgang *mißbilligten* die bretonischen Bischöfe in einem Kommuniqué vom 11. April formell die Zusammenkunft der Suchenden. Sie betonten jedoch gleichzeitig, daß sie damit weder „die Freiheit ersticken noch alle suchende Initiative unfruchtbar machen“ wollten. Es gehe ihnen lediglich darum, die Bedingung für deren Authentizität klarzustellen, nämlich die Gemeinschaft mit den Bischöfen.

Mit gleicher Besorgnis nahmen die Bischöfe auch von der Gegenveranstaltung der „Schweigenden in der Kirche“ (vgl. HK, Dezember 1970, 588—589, Januar 1972, 48) Kenntnis, der sie, wenn auch aus anderen Gründen, ebenfalls distanziert gegenüberstehen. Wenn *Pierre Debray* selbst, ihr Vorsitzender, das Verhältnis zu den Bischöfen auf die Formel brachte, daß die „integralistische Art und Weise, den Glauben zu verteidigen, unsere Bischöfe blockiert“ (*La France Catholique*, 5. 5. 72), so wird verständlich, daß der Erzbischof von Rennes, *P. Gouyon*, in einem Brief die Veranstalter ersuchte, auf die Gegentagung zu verzichten, um nicht das Schauspiel einer Spaltung unter den Katholiken Frankreichs zu geben. Diesem Ersuchen wurde nicht statt-

gegeben, doch versicherte Debray auf einer Pressekonferenz vom 13. April, es werde zwischen beiden Gruppierungen zu keinem Streit oder gar zu Handgreiflichkeiten kommen.

Die Schweigenden in der Kirche, eine Traditionalistenbewegung von Laien und Priestern, die sich 1970 konstituierte, verstehen sich als *Sammelbewegung* all derer, die den Glauben, die Kirche, den Papst und die Bischöfe vor der heutigen „destruktiven Kontestation“ schützen wollen. Sie zählten Ende 1971 in Frankreich rund 900 Priester, einen Bischof und 5500 Laien als aktive Mitglieder. Sie gehört dem größeren Verband der *europäischen Föderation „Pro Fide et Ecclesia“* mit Sekretariat in Paris an, die sich erst kürzlich, Ende März dieses Jahres, auf einem Treffen in Heidelberg die sog. „*Charta von Heidelberg*“ gegeben hat.

In dieser „Charta“ erklärten sie das „Credo“ Pauls VI. zur Richtschnur ihres Glaubens und bekräftigten ihre scharfe Ablehnung jedes „dogmatischen Relativismus, jeder Kontestation, jeder restriktiven Interpretation der von der Heiligen Kirche definierten Dogmen“, jeder „Darstellung der evangelischen Botschaft, die das Geheimnis eliminiert und den Glauben zu einem Anthropozentrismus, einem Rationalismus und Säkularismus reduziert und aus dem Religionsunterricht jene fundamentalen Wahrheiten beseitigt, die das katechetische Direktorium gebieterisch in Erinnerung ruft“ (nach *Le Monde*, 15. 4. 72). In einer Kehrtwendung, die nicht der Ironie entbehrt, wird von ihnen nun das Konzil als unaufgebbarer Ausgangspunkt ihrer „Reformbestrebungen“ angesehen. Damit scheint sich aber immerhin der gemäßigte Flügel gegenüber den extremen Integralisten durchsetzen oder etwas deutlicher profilieren zu wollen.

Bereit, Erfahrungen zu machen!

Nach dieser Vorgeschichte erstaunt es fast, daß beide Treffen bei aller hitzigen Diskussion im innern nach außen diszipliniert und ruhig verliefen. Die von manchen befürchtete Konfrontation mit der Hierarchie fand bei den „Suchenden“ nicht statt. Beide blieben beim Thema, wenn auch auf verschiedene Weise. Während die „Suchenden“ aus ihrer Allergie gegen den heutigen als Ballast empfundenen „Apparat“ der Kirche keinen Hehl machten und nach dem

unaufgebbaren im Evangelium grundgelegten Kern von Kirche und ihrer Beziehung zu Christus und nach den Möglichkeiten einer Kircheng Zugehörigkeit fragten, bekräftigten die „Schweigenden“ ihr „unerschütterliches Festhalten“ an den großen christologischen Aussagen der Kirche, ihren Glauben an Christus als wahren Gottessohn, der aus der Jungfrau geboren ist.

In vier Foren entfalteten die Basisgruppen ihr Thema: der Glaube an Jesus Christus, das Verhältnis von Glaube und Politik, die Gemeinde (wie soll sie aussehen? wie mit anderen in Verbindung stehen?) und die Eucharistiefeier (wer feiert? was wird gefeiert?). In kleineren Diskussionsgruppen suchte man das Thema unter begrenzteren Rücksichten weiter zu vertiefen. Zu einer Schlußresolution kam es nicht: dazu waren die Standpunkte, gerade in der Frage der Gottessohnschaft, zu verschieden. Auf einen einheitlichen Nenner ließ sich das Treffen der „Suchenden“ kaum bringen. Neben Gruppen, die sich um Glaubensvertiefung bemühten und sich damit auch begnügen wollten, gibt es solche, die die individuellen und sozialen Verhaltensweisen in allen Bereichen in Frage stellen. Andere rückten das revolutionäre politische Engagement in den Vordergrund. Wieder andere warnen demgegenüber vor der Gefahr, sich dadurch in ein selbstgemachtes Getto, in einer „sozialistischen Oase“ zu verschanzen und so den harten Konflikten des politischen Kampfes in einer kapitalistischen Gesellschaft auszuweichen. Für die einen würde sich die Kirche „von selbst“ wandeln, wenn sich die Gesellschaft ändere, für andere wäre der Christ nur dann glaubwürdig, wenn er sich aktiv gegen oppressive Strukturen in der eigenen Kirche engagierte. Wieder andere befürchteten eine Verzettlung der Kräfte zuungunsten des revolutionären Kampfes in der Gesellschaft. Wohl auch wegen dieser gegensätzlichen Meinungen und Tendenzen sprach Besret in seiner Schlußansprache von einer „Erfahrung“, um die es gegangen sei, nicht aber um die Erarbeitung eines Konzepts neuer Kirchlichkeit.

Zuflucht zur Orthodoxie

Führte man somit bei den Basisgruppen eine wenn auch stark richtungsgebundene *Sachdiskussion*, so zielten

die „Schweigenden“ auf Abgrenzung und *Kollision mit ihren Gegenspielern* ab. Gleich zu Beginn stellte Debray mit Blick auf das Gegenüber fest, „wir sind da, um die katholische Wahrheit, so wie wir sie empfangen haben, zu bekräftigen“. Er fühle sich einem „Lutheraner wie Cullmann näher als Besret oder dem Ex-Priester Barreau“, da „dieser wie ich an die Gottessohnschaft Christi glauben“. Er sei jederzeit zu einer „Konfrontation auf spiritueller und intellektueller Ebene“ mit Besret bereit. Cajetan habe ja schließlich auch vor dem Bruch mit Luther gesprochen. Ein diskret zustande gekommenes Gespräch zwischen beiden dauerte jedoch nur zwanzig Minuten. Auf direkte Kollision mit Besret abzielend sagte Debray, „im Bereich des Glaubens habe ich mit diesen Leuten [von Boquen] nichts gemeinsam. Wir haben nicht mehr den gleichen Gott. Die Kirche muß jetzt entscheiden . . ., wer heute noch Katholik“ sei. „Wenn Besret noch zur Kirche gehört, dann gehört Pierre Debray nicht mehr zu ihr.“

Diese thematischen *Schwerpunkte* bei den Schweigenden lagen auf den ekklesiologischen Aussagen des Zweiten Vatikanums, auf den Fragen des kirchlichen Lehramtes und dem Verhältnis von Glaube und Politik. Dabei scheint für viele von ihnen die Gehorsamspflicht gegenüber dem Lehramt offensichtlich ein besonderes Problem zu sein, da sie Schwierigkeiten haben, die liturgischen und katechetischen Reformen des französischen Episkopats anzuerkennen (vgl. auch HK, Dezember 1968, 558). In ihren Augen werden fundamentale Wahrheiten im neuen Katechismus verschwiegen oder in unakzeptabler Weise dargestellt. Von daher erklärt sich die Frage Debrays in seiner zusammenfassenden Schlußansprache, „müssen wir uns an die katechetischen Direktiven halten, die der Heilige Stuhl erlassen hat, oder an die Phantasien des nationalen katechetischen Zentrums?“

Für die Zukunft formulierte Debray *drei Schwerpunkte der Aktion*: 1. Bemühen um einen Dialog mit der Gemeinschaft von Boquen, um „sie vom Abgrund zurückzureißen“; 2. Bitte an die Bischöfe nach einem klaren Wort, da man „nicht mehr erkennen kann, wer zur Kirche gehört und warum man zu ihr gehört“ und 3. „Studium und Gebet“, „ohne die

wir nicht mit jenen sprechen können, die in der Finsternis des Irrtums befangen sind“. In einer Schlußerklärung an die Adresse der Bischöfe versicherten die Schweigenden ihnen ihre ungeschmälerte Gemeinschaft und Solidarität.

Gefahr der Zersplitterung

Beide Gruppen gingen auseinander, ohne daß ein Dialog stattfand. Ob er in Zukunft stattfinden wird, mag bezweifelt werden. Dafür haben die massiven Anschuldigungen Debrays kaum das geeignete Klima geschaffen. Eher dürfte sich die Konfrontation, die auch schon früher zu Störaktionen durch die gar nicht so schweigsamen Schweigenden bei Vortragsabenden ihrer Gegenspieler geführt haben, weitergehen. Ihre verbalen Ergebnisserklärungen an die Bischöfe dürfen nicht über die faktische Distanz, welche diese ihnen gegenüber einhalten, hinwegtäuschen. Von ihrem offensichtlichen Bemühen, das Konzil stärker für sich in Anspruch zu nehmen und sich damit eine stärkere Position aufzubauen, ist wohl kaum ein durchgreifender Wandel in der Bewegung zu erwarten. Durch die Aussagen der Charta von Heidelberg klingen dafür in der Sache wie in der Form zu apodiktisch. Es ist bezeichnend, daß die älteren Jahrgänge bei der Tagung wie in der Bewegung überhaupt überwiegen. Daß bei vielen eine echte Verunsicherung ihres Glaubens vorliegt, wird man wohl

nicht bestreiten können. Die inneren gegensätzlichen Tendenzen zwischen einem extremen und einem gemäßigten Flügel, die Debray zur Ankündigung seines Rücktritts für das nächste Jahr veranlaßt haben, schließen die Gefahr einer Aufsplitterung nicht aus. Den Bischöfen wird ihnen gegenüber ein höheres Maß an Geduld, Aufgeschlossenheit, aber auch festen Führungswillen abverlangt werden.

Auch die Gegenspieler der Traditionalisten, die „suchenden“ Basisgruppen, haben mit ihren inneren Spannungen fertig zu werden. Suchen und Fragen allein hilft nicht weiter, wie auch auf der Tagung bemerkt wurde; der Glaube kann nicht darauf reduziert werden. So wird auch bei ihnen der Scheidungsprozeß weitergehen. Das deuten auch schon die Aussagen über den „geduldigen Aufbau einer Untergrundkirche“, über die „Ameisenarbeit“ unter den Gläubigen an. Hinzu kommt die Gefahr, daß sich bei manchen das stark ideologieorientierte politische Engagement verselbstständigt, demgegenüber die Frage der Kirchlichkeit und auch die christologische Problematik in den Hintergrund tritt. Daß in beiden Fragen eine gemeinsame Basis gefunden wird, erscheint vorerst unwahrscheinlich. Die in beiden Gruppen sich abzeichnenden Tendenzen stellen die französischen Bischöfe vor eine schwierige Aufgabe. Ob es zu einem klärenden Wort, zu dem die Schweigenden sie drängen, kommen wird, wird von den Ereignissen selbst abhängen.

Union zwischen der Kirche von England und den Methodisten gescheitert

Fast ohne Anteilnahme der Öffentlichkeit hat am 3. Mai 1972 die Generalsynode der „Kirche von England“ dem stagnierenden Ökumenismus — der Kirchen wohlgemerkt — einen schweren Schlag versetzt. Der seit Jahren sorgfältig von theologischen Experten ausgehandelte, im ersten Anlauf am 8. Juli 1968 gescheiterte Unionsplan mit der Britischen Methodistenkonferenz erhielt statt der erforderlichen Mehrheit von 75 v. H. der Gesamtstimmen nur 65,2 v. H. (333 Ja bei 173 Nein). Das sind 4 v. H. weniger als 1968 und nicht mehr als bei der Probeabstimmung vom 13. Juli 1971 (HK, September

1971, 416; vgl. dort die Verweisungen auf die ganze Vorgeschichte). Bemerkenswert sind die Prozentunterschiede bei den verschiedenen Gruppen: von den 40 Bischöfen stimmten 34 dafür, also 85 v. H., bei den Pfarrer-Synodalen 152 mit Ja und 80 dagegen, also nur 65,5 v. H. dafür, bei den Laiensynodalen 147 mit Ja und 87 mit Nein, also nur 62,82 v. H. dafür (Church Times, 5. 5. 72). Schon eine Woche vorher wurde die kirchliche Öffentlichkeit auf das Scheitern der Union vorbereitet. Es hieß, „nur ein Wunder“ könne das Unionsschema noch retten. Wenn es ausbleibe, sei zwar die Vorlage tot und die Glaub-